



## Sitzungsvorlage

Fachbereich	Aktenzeichen	Vorlagen-Nr.	
FB II	022.15	Rat 1/2019	
↓ Beratungsfolge	↓ TOP-Nr.	Öffentlich / nicht Öffentlich	↓ Sitzungstermin
Rat der Stadt Norderney	8.	öffentlich	26.03.2019

### **Antrag des 1. stv. Bürgermeisters Henning Padberg auf Durchführung einer Einwohnerbefragung zum Thema 'Gartenstadt' zusammen mit der Europa-, Landrats- und Bürgermeisterwahl am 26. Mai 2019**

#### **Sachverhalt**

Der Rat der Stadt Norderney hatte in seiner Sitzung am 19.7.2018 (TOP 13) die Durchführung einer Einwohnerbefragung (§ 35 NKomVG) zum Thema „Gartenstadt“ abgelehnt. Nunmehr beantragt der 1. stv. BM Padberg mit Schreiben vom 4.2.2019 die Durchführung einer Bürgerbefragung zu diesem Thema zusammen mit der Europa-, Landrats- und Bürgermeisterwahl am 26.5.2019. Er begründet seinen Antrag mit der zu erwartenden hohen Wahlbeteiligung, sodass das Ergebnis der Bürgerbefragung repräsentativ im Hinblick auf die Meinung der Bürgerinnen und Bürger sei.

Nach § 56 S. 1 NKomVG hat jedes Mitglied der Vertretung das subjektiv-öffentliche Recht, in der Vertretung und in den Ausschüssen, denen es angehört, Anträge zu stellen; die Unterstützung durch andere Mitglieder ist dazu nicht erforderlich. Erfasst sind alle Anträge. Das Antragsrecht umfasst auch das Recht zu verlangen, dass der Gegenstand in die Tagesordnung aufgenommen wird.

Dieses Antragsrecht darf im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben durch Geschäftsordnungsrecht weiter detailliert werden. Zulässig ist in diesem Rahmen z. B. die Anordnung der Unbeachtlichkeit von Anträgen, die ohne Änderung der Sach- und Rechtslage binnen kurzer Frist zum gleichen Beratungsgegenstand erneut gestellt werden. Eine solche Regelung findet sich in § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften der Stadt Norderney vom 14.11.2016 wieder. Hiernach dürfen Anträge auf Aufhebung oder Änderung von Beschlüssen früherer Sitzungen in die Tagesordnung nur aufgenommen werden, wenn der Verwaltungsausschuss einen entsprechenden Beschluss empfohlen hat oder die Beschlussfassung mehr als sechs Monate zurückliegt. Der Antrag des 1. stv. BM Padberg ging am 5.2.2019 beim Bürgermeister ein, also mehr als 6 Monate nach der Beschlussfassung. Somit liegt eine Unbeachtlichkeit des Antrages nicht vor.

Mit der Änderung des NKomVG im Jahre 2016 wurde die bisher im Gesetz geregelte Bürgerbefragung zu einer Einwohnerbefragung umgestaltet. Diese Änderung hat zur Folge, dass eine Bürgerbefragung im Sinne des bisherigen § 35 NKomVG nicht mehr zulässig ist, weil dafür eine eindeutige

gesetzliche Grundlage fehlt. Aus diesem Grunde wird das von Herrn Padberg benutzte Wort „Bürgerbefragung“ durch das Wort „Einwohnerbefragung“ ersetzt.

Gemäß § 35 NKomVG kann der Rat der Stadt Norderney in (grundsätzlich allen) Angelegenheiten der Stadt Norderney eine Befragung der Einwohnerinnen und Einwohner, die mindestens 14 Jahre alt sind und seit mindestens drei Monaten ihren Wohnsitz auf Norderney haben, mit einfacher Mehrheit beschließen.

Die gemeinsame Durchführung einer Einwohnerbefragung nach § 35 NKomVG mit der Europawahl ist rechtlich nicht ausgeschlossen. Eine zeitgleiche Durchführung mit der Wahl der Hauptverwaltungsbeamtin/des Hauptverwaltungsbeamten ist – anders als bei einem Bürgerentscheid (§ 33 Abs. 1 S. 2 NKomVG) – möglich.

Verwaltungsseitig wird jedoch Folgendes zu bedenken gegeben:

Anlässlich der Beratungen über die Terminierung der Bürgermeisterwahl wurde aus Teilbereichen der Politik der Wunsch geäußert, die Bürgermeisterwahl nicht mit der Europawahl zusammenzulegen, weil u. a. der Zeit- und Arbeitsaufwand für die Wahlhelfer bei drei Wahlen zu hoch sei. Käme eine Einwohnerbefragung zu den schon anstehenden Wahlen hinzu, dürfte es tatsächlich schwieriger werden, denn es käme z. B. ein drittes „Wählerverzeichnis“ und eine vierte Urne hinzu. Es gäbe vier Kategorien von Abstimmungsberechtigten:

<b>Europawahl</b> §§ 6 u. 6 a EuWG	<b>Landratswahl</b> § 48 NKomVG	<b>Bürgermeisterwahl</b> § 48 NKomVG	<b>Einwohnerbefragung</b> § 35 NKomVG
- Vollendung des 18. Lebensjahres	- Vollendung des 16. Lebensjahres	- Vollendung des 16. Lebensjahres	- Vollendung des 14. Lebensjahres
- seit mindestens 3 Monaten in der EU Wohnung innehaben	- seit mindestens 3 Monaten im Landkreis Aurich Wohnung innehaben	- seit mindestens 3 Monaten in der Stadt Norderney Wohnung innehaben	- seit mindestens 3 Monaten in der Stadt Norderney Wohnung innehaben
- Deutsche oder nichtdeutsche EU-Bürger	- Deutsche oder nichtdeutsche EU-Bürger	- Deutsche oder nichtdeutsche EU-Bürger	- wer in der Stadt Norderney den Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt hat (§ 28 Abs. 1 NKomVG)

Für den Gegenstand der Befragung und das Verfahren ihrer Durchführung wird keine Satzungsregelung verlangt. Jedoch sollten die Regularien vor einer Durchführung geklärt sein, z. B. Formulierung der Abstimmungsfrage, Befragungsleitung, Befragungszeitraum, Art der Befragung, Ermittlung des Befragungsergebnisses.

Das Ergebnis einer solchen Einwohnerbefragung wäre zwar für den Rat rechtlich nicht verbindlich. Gleichwohl dürfte vom Votum der Bevölkerung ein so großer politischer Druck ausgehen, dass eine davon abweichende Entscheidung nur schwer vorstellbar ist. Deshalb sollte vorab feststehen, wie mit dem Ergebnis umgegangen werden soll (z. B. ab welcher Stimmenanzahl würde dem Ergebnis der Befragung gefolgt werden, evtl. analog § 33 Abs. 3 S. 3 u. 4 NKomVG?).

Wenn eine Einwohnerbefragung nunmehr durchgeführt werden sollte, wäre aus Sicht der Verwaltung ein Verfahren in Anlehnung an das Verfahren anlässlich der Bürgerbefragung zum Thema „Golfplatz-erweiterung“ im Jahre 2011 (Satzung vom 14.9.2011) wünschenswerter. Damals ging die Befragung über 20 Tage und die Abstimmung fand im Rathaus während der allgemeinen Öffnungszeiten statt.

Das Ergebnis wurde am letzten Tag (Freitagnachmittag) durch Bedienstete der Stadt Norderney öffentlich ermittelt.

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 20.02.2019, Top 5, über diesen Antrag beraten und ihn gemäß § 66 Abs. 1 S. 2 NKomVG abgelehnt.

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>		
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit		
Gesamtkosten der Maßnahmen (Beschaffungs-Herstellungskosten) Euro	<input type="checkbox"/> Jährliche Folgekosten/ lasten <input checked="" type="checkbox"/> Einmalig Euro	<input type="checkbox"/> Haushaltsmittel in ausreichender Höhe vorhanden. Sichtvermerk FB IV: _____

### **Beschlussvorschlag**

Empfehlungsbeschluss

- ☐ Ja  
☐ Nein

Norderney, 26.02.19	Der Bürgermeister
	(Ulrichs)